



Nach den Herbstferien müssen Schüler in Schleswig-Holstein auch im Klassenzimmer einen Mund-Nase-Schutz tragen. Die Gefahr besteht, sich durch Aerosole und die darin enthaltenen Viren in der Luft anzustecken. Ein Mittel, was helfen soll: Lüften. In der kälteren Jahreszeit sei das allerdings schwierig, meinen die Christdemokraten.

SYMBOLBILD: DANIEL BOCKWOLDT/DPA

Prüfantrag für Luftreiniger

Die CDU will abklären lassen, ob Entkeimungsgeräte an den Schulen bereitgestellt werden können

Von Finn Warncke

KREIS PINNEBERG Es wird Herbst. Die Temperaturen fallen, Kühle und Nässe breiten sich aus. Das hat Folgen für die Schulen im Kreis Pinneberg. Nicht, dass vermeintlich in die Jahre gekommene Gebäude Schüler und Lehrer in den Klassenzimmern frierend und durchnässt sitzen lassen würden. Das Problem sind die Fenster. Oder viel mehr das, wozu sie zu nutze sind: Lüften.

Damit der Schulbetrieb während der Pandemie weiterläuft, soll unter anderem mehrmals am Tag in den Klassenzimmern Durchzug herrschen. Während des vergangenen Sommers war das kein Problem. In der kälteren Jahreszeit ist es das schon. Findet zumindest die CDU im Kreis Pinneberg. Sie

hat deshalb einen Prüfantrag auf Entkeimungsgeräte für die kreiseigenen Schulen gestellt. Dieser soll im kommenden Ausschuss für Schule, Kultur und Sport des Kreises Pinneberg am Donnerstag, 22. Oktober, diskutiert werden.

Die Christdemokraten berufen sich in ihrem Antrag auf eine Studie der Bundeswehruniversität Neuburg. Sechs Monate lang hatten Forscher untersucht, wie sich Aerosole in vollen Klassenräumen ausbreiten und welche Mittel es braucht, um eine Ausbreitung einzudämmen. Das Ergebnis: Aus Sicht der Wissenschaftler ist ein Mix aus Raumluftreiniger oder Entkeimungsgerät und Plexiglas-Wänden zwischen den einzelnen Schülern die beste Lösung.

Auch eine Studie der Frankfurter Goethe-Univer-

sität zeigt, dass Luftreiniger und Entkeimungsgeräte Aerosole in Klassenzimmern größtenteils beseitigen und eine Ansteckungsgefahr deutlich senken können. Die Geräte sollen nicht nur die Raumluft filtern und reinigen, sondern Aerosole und alle darin enthaltenen Viren auflösen.

„Wir halten uns an die Vorgaben vom Gesundheitsamt.“

Anja Soeth
Schulrätin

Günstig sind sie nicht. Ein Entkeimungsgerät kostet ab 3000 Euro aufwärts. Auf den ersten Blick viel Geld. Auch für die CDU. „Stellt man dem jedoch die Kosten für Einmal-Masken gegenüber, die in den Schulen seit Monaten anfallen, sind diese

Geräte eine sichere, günstigere und sinnvolle Wahl“, heißt es in dem Prüfantrag.

Entkeimungsgeräte für die Schulen anzuschaffen, wurde innerhalb des Schulamtes Kreis Pinneberg noch nicht diskutiert. „Wir halten uns da an die Vorgaben vom Gesundheitsamt“, sagt Schulrätin Anja Soeth. Die sehen bislang keine Luftreiniger für Klassenräume vor.

Die CDU will nun prüfen lassen, was es kosten würde, wenn alle kreiseigenen Schulen mit Entkeimungsgeräten ausgestattet würden. Zuvor müsste allerdings festgestellt werden, wie hoch der jeweilige Bedarf ist und ob der Kreis Pinneberg Fördermittel von Bund und Land bekommt.

Die Luftreiniger sind laut der bereits beschriebenen Frankfurter Studie allerdings kein Allheilmittel. An

der Kohlendioxid-Konzentration in den Klassenzimmern ändern sie nämlich nichts. Ein erhöhter CO₂-Wert kann unter anderem dazu führen, dass sich Schüler schlechter konzentrieren können.

Martin Kriegel, Leiter des Hermann-Rietschel-Instituts an der TU Berlin, hat eine Studie über die Ausbreitung von Sars-CoV-2 in der Raumluft geleitet und kennt das Problem. Er und sein Team hätten festgestellt, dass bereits nach 15 Minuten sämtliche Luftqualitäts-Grenzwerte gefallen sind. Kriegel zweifelt außerdem an, dass bundesweit tausende von Schulen schnell mit Luftreinigern und Entkeimungsgeräten ausgestattet werden können. Bedeutet unterm Strich: Selbst mit Geräten müsse regelmäßig gelüftet werden.

Abitur soll vergleichbarer werden

Durchbruch: Kultusminister vereinbaren mehr Einheitlichkeit in der Schulbildung

BERLIN/MAINZ Schulausbildung und Schulabschlüsse in Deutschland sollen in den kommenden Jahren deutlich vergleichbarer werden. Die Kultusministerkonferenz der Länder (KMK) verständigte sich gestern nach jahrelangen Verhandlungen auf einen Vertrag für eine bessere Zusammenarbeit im deutschen Bildungssystem mit einheitlicheren Linien. Die Ministerinnen und Minister der 16 Länder beschlossen bei einer Videokonferenz eine entsprechende „Ländervereinbarung“. Schleswig-Holsteins Ressortchefin Karin Prien begrüßte die Beschlüsse. „Die Kultusministerkonferenz hat heute für die Zukunft unseres Bildungssystems wegweisende Beschlüsse gefasst“, sagte die CDU-Politikerin.

Das Papier, das noch von den Ministerpräsidenten der Bundesländer unterzeichnet werden muss, soll das 56 Jahre alte „Hamburger Abkommen“ zur „Vereinheitlichung auf dem Gebiete des Schulwesens“ ablösen. Es beschreibt Grundsätze und Ziele der Zusammenarbeit der Länder. „Im Hamburger Abkommen“ waren unter anderem gemeinsame Regeln der Länder zur gegenseitigen Anerkennung von Schulabschlüssen, zu Schulferien, den Schularten und der Anerkennung von Lehramtsabschlüssen festgelegt.

In der neuen Vereinbarung sichern sich die Länder unter anderem zu, „durch geeignete Maßnahmen“ dafür zu sorgen, dass Schüler bei einem länder-



Künftig soll die Hälfte der Aufgaben für die Abi-Prüfungen aus gemeinsamen Aufgabenpools kommen und damit für einen gleichen Standard beim Abitur sorgen. FOTO: DPA/JULIAN STRATENSCHULTE

übergreifenden Schulwechsel „ihre Bildungslaufbahn bruchlos fortsetzen können“.

Eingerichtet werden soll außerdem eine „Ständige wissenschaftliche Kommission der Kultusministerkonferenz“. Dieses in früheren Planungen auch „Bildungsrat“ genannte Gremium soll die Länder in Fragen der Weiterentwicklung des Bildungswesens unter anderem mit Blick auf eine bessere Vergleichbarkeit beraten.

Für Kinder, die in die Grundschule kommen, sollen einheitliche Standards für sprachliche und mathematische Kompetenzen gesetzt werden.

Die Länder verpflichten sich dazu, dass ab 2023 die Hälfte der Aufgaben für die Abi-Prüfungen in Deutsch, Mathematik, Englisch und Französisch aus gemeinsamen Aufgabenpools kommen soll. Das soll ab 2025 dann auch für Biologie, Chemie und Physik gelten. Weil die Abitur-Note zu einem großen Teil von den Leistungen vor den eigentlichen Prüfungen abhängt, soll zudem bis 2023 eine genaue Anzahl „verpflichtend zu belegender und in die Gesamtqualifikation einzubringender Fächer einschließlich ihrer Gewichtung“ festgelegt werden.

Derweil hat das Umweltbundesamt Empfehlungen für die Belüftung von Schulen vorgelegt. In der kalten Jahreszeit soll während des Unterrichts alle 20 Minuten mit weit geöffneten Fenstern für 3 bis 5 Minuten gelüftet werden. Zudem solle während der gesamten Pausen gelüftet werden. *dpa*

KOMMENTAR

Wie historisch ist der gestrige Tag?

Nicht weniger als „historisch“ nennen die Kultusminister ihre Einigung auf mehr Einheitlichkeit in der Bildung. Ist sie das wirklich? Diese Frage zu verneinen wäre mit Blick auf die wesentlichen Punkte einfach: So soll etwa künftig die Hälfte der Abiklausuren in Kernfächern aus einem gemeinsamen Pool kommen. Warum nicht alle, wenn es doch um Vergleichbarkeit geht? Und warum erst in einigen Jahren und nicht so-

fort? Den gemeinsamen Pool gibt es schließlich längst. Außerdem soll ein wissenschaftlicher Beirat helfen, die Bildungspolitik bundesweit zu verbessern. Der Pferdefuß: Die Wissenschaftler dürfen lediglich Empfehlungen abgeben. Am Ende entscheiden die Länder. Auf der anderen Seite ist die Vereinbarung, gemessen an bisherigen Anstrengungen, tatsächlich ein großer Schritt. Die Länder einigen

sich nicht nur auf einheitlichere Klausuren, sie wollen auch definieren, welche Kurse in der Oberstufe fürs Abi zählen. Und auch wenn die Empfehlungen der Wissenschaftler nicht verbindlich sind – sie werden die Kultusminister mindestens unter Zugzwang setzen.



Stefanie Witte
ist Politikredakteurin unserer Verlagsgruppe

s.witte@shz.de

Länder wollen ein Zentralabitur

Ab 2025 soll es in den meisten Fächern dieselben Aufgaben für die Abiturienten geben

VON TOBIAS PETER

BERLIN. Die Kultusminister der Länder haben Vereinbarungen getroffen, mit denen sie die bundesweite Vergleichbarkeit des Abiturs erhöhen und die Qualität im Bildungswesen steigern wollen. Ab 2023 sollen in allen Ländern in den Fächern Deutsch, Mathematik, Englisch und Französisch 50 Prozent aller Abituraufgaben aus einem gemeinsamen Aufgabenpool kommen. Ab 2025 soll diese Regelung auch für die naturwissenschaftlichen Fächer gelten.

Die Kultusministerkonferenz hat am Donnerstag eine „Ländervereinbarung über die gemeinsame Grundstruktur des Schulwesens“ beschlossen. Sie tritt an die Stelle des mehr als 50 Jahre alten Hamburger Abkommens zum Thema Schule zwischen den Ländern. In diesem Sinn sprach die Präsidentin der Kultusministerkonferenz, Stefanie Hubig (SPD), von einem „historischen Tag für die Bildung in Deutschland“. Das neue Abkommen, das nun den Ministerpräsidenten vorgelegt wird, enthält unter anderem einen Abschnitt zum Lernen in der digitalen Welt, greift aber auch das Thema der Lehrerausbildung angesichts der Herausforderung des Lehrermangels auf.

„Die Menschen haben den Wunsch nach mehr Einheitlichkeit bei der Bildung, und diesem Wunsch kommen wir nach“, sagte Hubig. Sie versprach „mehr Transparenz, Verlässlichkeit und Vergleichbarkeit“ im Bildungssystem. Es solle kein Problem sein, wenn die Eltern mit ihren Kindern von einem Bundesland in ein anderes ziehen. Schon in den Grundschulen solle es mehr Vergleichbarkeit geben, so Hubig. Über die Vergleichbarkeit von Schulbildung, Abschlüssen und des Abiturs wird in Deutschland nicht zuletzt deshalb diskutiert, weil die Durchschnittsnote im Abi-



Abiturprüfung in einer Gesamtschule in Hannover: Nach dem Willen der Bundesländer sollen die Prüfungsfragen in den Hauptfächern teilweise identisch sein.

FOTO: JULIAN STRATENSCHULTE/DPA

itur in den einzelnen Ländern teilweise recht unterschiedlich ausfällt. Gleichzeitig bewerben sich alle mit ihrem Abitur um dieselben Studienplätze – ein Gerechtigkeitsproblem.

Baden-Württembergs Kultusministerin Susanne Eisenmann (CDU) hatte im vergan-

genen Sommer eine Debatte angestoßen. „Wir brauchen in Deutschland innerhalb von fünf bis zehn Jahren ein zentrales Abitur und auch für andere Schulabschlüsse zentrale Prüfungen“, hatte sie gesagt – und damit viel Zuspruch, aber auch viel Widerspruch in den Ländern ausge-

löst. Mit der neuen Vereinbarung findet die Debatte vorerst einen Schlusspunkt.

Auch bei einem weiteren, lange umstrittenen Thema haben die Länder sich verständigt. Union und SPD haben im Bund vereinbart, einen Nationalen Bildungsrat schaffen zu wollen, der die

Politik bei der Weiterentwicklung des Bildungssystems beraten sollte. Zu einer Vereinbarung kam es nicht, weil die Länder Bedenken hatten, der Bund mische sich in ihre Kultushoheit ein.

Nun wollen die Länder eine „Ständige wissenschaftliche Kommission der Kultusministerkonferenz“ schaffen, in der Forscher sie beraten. Der Vorsitzende des Verbandes Bildung und Erziehung, Udo Beckmann, nannte dies „einen Schritt in die richtige Richtung“. Das dürfe aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Lösung hinter dem zurückbleibe, was mit einem Nationalen Bildungsrat angedacht gewesen sei, sagte er.

Schulen sind keine Corona-Hotspots

Befürchtungen, dass die Öffnung der Schulen in voller Klassenstärke nach dem Ende der Sommerferien zu einer unkontrollierten Ausbreitung des Coronavirus führen könnte, haben sich nicht bestätigt. Dies geht aus einer Umfrage des RedaktionsNetzwerks Deutschland

(RND) unter allen Kultusministerien der Bundesländer hervor. Demnach konnten bis zum Start der Herbstferien durchschnittlich 98 Prozent aller Schüler am Präsenzunterricht teilzunehmen. Auch das Infektionsgeschehen an den Schulen lässt nicht auf das Klassenzim-

mer als Ort für Superspreading schließen. Erhoben wurden die Zahlen von den Kultusministerien der Länder vor Beginn der Herbstferien. Demzufolge waren in Nordrhein-Westfalen, Schleswig-Holstein und Bayern etwa 0,04 Prozent der Schüler mit Covid-19 infiziert. r/

Länder setzen auf ein Zentralabitur für Deutschland

Ab 2025 soll es in vielen Fächern dieselben Aufgaben für die Abiturienten geben – Neue Bildungscommission mit dem Bund

Von Tobias Peter

Berlin. Die Kultusminister der Länder haben Vereinbarungen getroffen, mit denen sie die bundesweite Vergleichbarkeit des Abiturs erhöhen und die Qualität im Bildungswesen steigern wollen. Ab 2023 sollen in allen Ländern in den Fächern Deutsch, Mathematik, Englisch und Französisch 50 Prozent aller Abituraufgaben aus einem gemeinsamen Aufgabenpool kommen. Ab 2025 soll diese Regelung auch für die naturwissenschaftlichen Fächer gelten.

Die Kultusministerkonferenz hat am Donnerstag eine „Ländervereinbarung über die gemeinsame Grundstruktur des Schulwesens“ beschlossen. Sie tritt an die Stelle des mehr als 50 Jahre alten Hamburger Abkommens zum Thema Schule zwischen den Ländern. In diesem Sinn sprach die Präsidentin der Kultusministerkonferenz, Stefanie Hubig (SPD), von einem „historischen Tag für die Bildung in Deutschland“. Das neue Abkommen, das nun den Ministerpräsidenten vorgelegt wird, enthält unter anderem einen Abschnitt zum Lernen in der digitalen Welt,

greift aber auch das Thema der Lehrerbildung angesichts der Herausforderung des Lehrermangels auf.

„Die Menschen haben den Wunsch nach mehr Einheitlichkeit bei der Bildung, und diesem Wunsch kommen wir nach“, sagte Hubig. Sie versprach „mehr Transparenz, Verlässlichkeit und Vergleichbarkeit“ im Bildungssystem. Es solle kein Problem sein, wenn die Eltern mit ihren Kindern von einem Bundesland in ein anderes ziehen. Schon in den Grundschulen solle es mehr Vergleichbarkeit geben, so

Hubig. Über die Vergleichbarkeit von Schulbildung, Abschlüssen und des Abiturs wird in Deutschland nicht zuletzt deshalb diskutiert, weil die Durchschnittsnote im Abitur in den einzelnen Ländern teilweise recht unterschiedlich ausfällt. Gleichzeitig bewerben sich alle mit ihrem Abitur um dieselben Studienplätze – ein Gerechtigkeitsproblem.

Baden-Württembergs Kultusministerin Susanne Eisenmann (CDU) hatte im vergangenen Sommer eine Debatte angestoßen. „Wir brauchen in Deutschland innerhalb von

fünf bis zehn Jahren ein zentrales Abitur und auch für andere Schulabschlüsse zentrale Prüfungen“, hatte sie gesagt – und damit viel Zuspruch, aber auch viel Widerspruch in den Ländern ausgelöst. Mit der neuen Vereinbarung findet die Debatte vorerst einen Schlusspunkt.

Auch bei einem weiteren, lange umstrittenen Thema haben die Länder sich verständigt. Union und SPD haben im Bund vereinbart, einen Nationalen Bildungsrat schaffen zu wollen, der die Politik bei der Weiterentwicklung des Bildungssystems beraten sollte. Zu einer Vereinbarung kam es nicht, weil die Länder Bedenken hatten, der Bund mische sich in ihre Kultus-hoheit ein.

Nun wollen die Länder eine „Ständige wissenschaftliche Kommission der Kultusministerkonferenz“ schaffen, in der Forscher sie beraten. Der Vorsitzende des Verbandes Bildung und Erziehung, Udo Beckmann, nannte dies „einen Schritt in die richtige Richtung“. Das dürfe aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Lösung hinter dem zurückbleibe, was mit einem Nationalen Bildungsrat angedacht gewesen sei, sagte er.

Schulen sind keine Corona-Hotspots

Befürchtungen, dass die Öffnung der Schulen in voller Klassenstärke nach dem Ende der Sommerferien zu einer unkontrollierten Ausbreitung des Coronavirus führen könnte, haben sich nicht bestätigt. Dies geht aus einer Umfrage des Redaktions-Netzwerks Deutschland

(RND) unter allen Kultusministerien der Bundesländer hervor. Demnach konnten bis zum Start der Herbstferien durchschnittlich 98 Prozent aller Schüler am Präsenzunterricht teilzunehmen. Auch das Infektionsgeschehen an den Schulen lässt nicht auf das Klassenzimmer

als Ort für Superspreading schließen. Erhoben wurden die Zahlen von den Kultusministerien der Länder vor Beginn der Herbstferien. Demzufolge waren in Nordrhein-Westfalen, Schleswig-Holstein und Bayern etwa 0,04 Prozent der Schüler mit Covid-19 infiziert. /l

TOMM



ICH GLAUBE, MIT
'FENSTER ÖFFNEN'
WAR DAS LÜFTEN GEMEINT,
FRAU MÜLLER!



SCHULE IN CORONA-ZEITEN